



Von Populismus, einfachen Antworten und der Wichtigkeit von Volksparteien

ORF-Politik-Expertin Kathrin Stainer-Hämmerle empfiehlt Volksparteien, das Fundament mit gemeinsamen Räumen der Kommunikation und Verständigung zu stärken. **Seite 3**

Ausgabe 1|18
4. Januar 2018

Seit 100 Jahren fest verwurzelt

Kurz vor den Landtagswahlen vom 11. März 1918 hat die Christlich-soziale Volkspartei die politische Bühne Liechtensteins betreten. Mit dem Liechtensteiner Heimatdienst fusionierte sie 1936 zur VU.

Günther Fritz

Die Vaterländische Union wurde am 5. Januar 1936 im Hotel Adler in Vaduz gegründet und kann anlässlich des traditionellen VU-Neujahrstreffens am diesjährigen Dreikönigstag ihren 82. Geburtstag feiern. Ihre Wurzeln reichen aber ins Jahr 1918 zurück. Der Parteiname ist ein Kind seiner Zeit. Das Wort «vaterländisch» wurde als liechtensteinisch, heimatliebend, patriotisch und auch national verstanden. «Union» deutet auf einen Zusammenschluss verschiedener Kräfte hin.

Umwälzung der Verhältnisse

Eine dieser politischen Kräfte, ohne die es die Vaterländische Union in der heutigen Ausprägung nicht gäbe, ist die Christlich-soziale Volkspartei, auch «Liechtensteinische Volkspartei» genannt. Als der Triesenberger Jurist Wilhelm Beck in einem Schreiben vom 23. März 1913 von Kritikern der damals geplanten neuen Gewerbeordnung gebeten wurde, sie in ihrer Opposition zu unterstützen, ermunterte er die Arbeiter, politischen Einfluss zu nehmen. Er riet, sich zu einer «Partei Gleichgesinnter» zusammenzuschliessen. Mit dieser Ermunterung wurde in Liechtenstein eine Ent-

wicklung in Gang gesetzt, die zu einer Umwälzung der Verhältnisse führte.

Oppositionelle Zeitung

Die Gruppe um Wilhelm Beck fasste sich bald mit der Gründung einer neuen Zeitung. So erschienen ab April 1914 die «Oberrheinischen Nachrichten» als wichtiges und wirksames ausserparlamentarisches Druckmittel. Die Gruppe wollte «christlich-sozial» sein und für die Interessen des «kleinen Mannes» eintreten. Die Liechtensteiner sollten sich selbst regieren dürfen und nicht durch vom Fürsten bestimmte landesfremde Statthalter und Beamte bevormundet sein.

Als «Rote» kritisiert

Die Volkspartei setzte die Einführung des direkten Wahlrechtes durch, die bei der Landtagswahl am 11. März 1918 zur Anwendung kam – im Hinblick darauf war die offizielle Gründung der Volkspartei erfolgt, die sich ein umfangreiches Programm gab. Verglichen mit der als Reaktion auf die Volksparteigründung entstandenen «Fortschrittlichen Bürgerpartei» war die Volkspartei liberaler, demokratischer und sozialer, weniger mit dem Klerus verflochten, im Verhältnis zur Monarchie mehr auf



Wilhelm Beck gründete zusammen mit einer Gruppe von Gleichgesinnten vor 100 Jahren die Christlich-soziale Volkspartei. **Foto: Landesarchiv**

gleichberechtigte Ausübung der Macht durch Volk und Fürst statt auf einseitige Unterordnung ausgerichtet und wirtschaftlich an der Schweiz statt an Österreich orientiert. Das brachte ihr den Ruf ein, eine «Partei der Roten» zu sein. Diese Vorwürfe aus dem Lager des politischen Gegners waren überspitzte Wahlkampfaussagen. Die Volkspartei bekräftigte immer wieder, weltanschaulich auf der

Grundlage der katholischen Religion zu stehen und monarchietreu zu sein.

Jubiläumsanlass am 6. Januar

Mit dem «Liechtensteiner Heimatdienst» war 1933 eine neue ausserparlamentarische Opposition entstanden. Mit der Christlich-sozialen Volkspartei verband diese neue Gruppierung das gemeinsame Ziel, das Verhältniswahlrecht bei Landtagswahlen einzuführen. Aus der entsprechenden Kooperation entstand schliesslich der Zusammenschluss zur Vaterländischen Union. Dr. Otto Schädler wurde am 5. Januar 1936 zum ersten VU-Präsidenten gewählt. Das «Liechtensteiner Vaterland», in dem die «Liechtensteiner Nachrichten» als Nachfolgeblatt der «Oberrheinischen Nachrichten» und die Heimatdienst-Zeitung aufgingen, erschien erstmals am ersten Werktag des Januars 1936.

Am diesjährigen VU-Neujahrstreffen am 6. Januar, ab 16.30 Uhr im Vaduzer Saal, will die Vaterländische Union an die Gründung ihrer Vorläuferpartei, der Christlich-sozialen Volkspartei, durch Wilhelm Beck vor 100 Jahren erinnern. In diesem Sinne ist auch die vorliegende «klar.»-Zeitung ganz diesem Jubiläum gewidmet.



Günther Fritz
Parteipräsident

Editorial

Stolz auf die 100 Jahre alten Werte

Die Vaterländische Union feiert am diesjährigen Dreikönigstag den 100. Geburtstag ihrer Vorläuferin, der von Wilhelm Beck im März 1918 gegründeten Christlich-sozialen Volkspartei. Von ihr hat die VU das reformorientierte, soziale und liberale Gedankengut übernommen. Die Volkspartei ging als die Partei der dynamischen Veränderung in Richtung Mitwirkung des Volkes in den politischen Entscheidungsprozessen in die liechtensteinische Parteiengeschichte ein. Wilhelm Beck leistete Pionierarbeit für die Verfassung von 1921 und gilt als einer der Baumeister des Zollvertrages mit der Schweiz sowie als Vater des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts.

Die von der VU heute noch gepflegten Grundwerte der Christlich-sozialen Volkspartei sind geprägt von den Begriffen Freiheit, Nachhaltigkeit und Solidarität. Diese verdeutlichen nach wie vor die Zielrichtung des seit 100 Jahren ungebrochenen Reformwillens bei der Zukunftsgestaltung Liechtensteins. Die VU stellt stets den Menschen in den Mittelpunkt und engagiert sich für ein soziales Miteinander und Füreinander. Gleichzeitig setzt sie sich für eine liberale Wirtschaftspolitik ein.

Angesichts der wachsenden Polarisierung in der europäischen Politlandschaft – wozu auch unser Land gehört – ist die Rolle der Volksparteien wichtiger denn je. Die christlich-humanistischen Werte der VU, die seit 100 Jahren in der Bevölkerung fest verwurzelt sind, bilden heute ein stabiles Fundament zur Erarbeitung von nachhaltigen Lösungen für die künftigen Herausforderungen. Der 100. Geburtstag der Christlich-sozialen Volkspartei bietet eine gute Gelegenheit, wieder einmal darüber nachzudenken, wie es mit der «Wert-Schätzung» steht. Die entsprechende Diskussion wird ein grosser Gewinn für alle sein, wenn sie das Bewusstsein für verbindende und verbindliche Grundwerte schärft und die Mandatare der VU dazu anhält, diese immer wieder zum Wohle der Bevölkerung neu zu beleben.

Ein unermüdlich engagierter Reformier

Desirée Vogt

In seinem Haus auf Lavadina in Triesenberg war das erste Radio empfangsbereit – und in seinem Büro in Vaduz stand eines der ersten Telefone Liechtensteins mit der Nummer 9: Die Rede ist von Wilhelm Beck, der die Landespolitik wie kaum ein anderer Liechtensteiner prägte und mit seinem Lebenswerk massgeblich zum heutigen Wohlstand des Landes beigetragen hat. «Wilhelm Beck war ein Visionär mit Mut und Weitsicht, der mit politischem Scharfsinn und einem feinen Gespür für das, was die Menschen seinerzeit bewegte, Grosses geleistet hat.» So fasste Triesenbergs Altvorsteher Hubert Sele die Persönlichkeit Wilhelm Becks zusammen, als er im Dezember 2011 die Gedenkschrift präsentierte, mit welcher dem Triesenberger Bürger ein Denkmal gesetzt werden sollte. Das Buch «Wilhelm Beck – ein politisches Leben» ist für alle, welche die Geschichte des Landes und der Vater-

ländischen Union verstehen möchten, ein unverzichtbares Werk. Wer es noch nicht in seinem Bücherregal stehen hat, kann dies im Rahmen des VU-Neujahrstreffens nachholen: Das rund 200-seitige Buch mit Biografie, Erzählungen von Augenzeugen, Interviews sowie Aufsätzen von Historikern kann an diesem Abend vergünstigt erworben werden.

Sein Leben und Schaffen

Das Buch beleuchtet nicht nur, warum Wilhelm Beck für die VU bis heute eine unverzichtbare Leitfigur ist und was er alles geschaffen hat: Er war Verfasser des Personen- und Gesellschaftsrechts, Verfasser des Gesetzes über das Treuhandunternehmen, vehementer Verfechter des Zollvertrages mit der Schweiz und der Einführung des Schweizer Franken und wirkte bei der Erarbeitung der Verfassung von 1921 mit. Das Werk räumt auch mit Vorurteilen auf, die zum Teil bis heute vorherrschen und zeichnet den Privat-



Die spannende Gedenkschrift kann am VU-Neujahrstreffen erworben werden.

Foto: pd

mann Wilhelm Beck in einem Licht, das zu einem besseren Verständnis seines Lebens und Wirkens beiträgt.

So war sein Leben von einer tiefen Heimat- und Volksverbundenheit und einer engen Verbindung zur Arbeiterschaft geprägt. Dass er dem technischen Fortschritt ge-

genüber aufgeschlossen war, zeigte sich eben daran, dass er erster Radio- und Telefonbesitzer war. Auch befürwortete er übrigens zeit seines Lebens das Frauenstudium und war weltoffen.

Aber auch witzige Anekdoten können dem Buch entnommen werden: So zeigt sich, dass der sonntägliche Spaziergang der Familie Beck jeweils von Esel, Schaf und Hund begleitet wurde, was immer wieder zu staunenden Blicken führte. Beck war eben ein grosser Tierfreund und nahm sogar eine zugewanderte Kröte in seinem Haushalt auf.

Allzu früher Tod

Leider war dem Visionär kein langes Leben beschieden: Er wurde nur 50 Jahre alt. Er hatte sich die seltene Bang'sche Krankheit zugezogen – eine bakterielle Infektion, die über den Konsum frischer Milch einer kranken Kuh übertragen werden kann. Zusätzlich wurde ein Krebsleiden diagnostiziert. ■

Impressum «klar.»

Herausgeber: Vaterländische Union
Redaktion: Desirée Vogt, Günther Fritz
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: desiree.vogt@vu-online.li,
guenther.fritz@vu-online.li
Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union

Für die Interessen des «kleinen Mannes»

Die Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei durch die Gruppe um Wilhelm Beck erfolgte in turbulenten Zeiten. Sie setzte sich klar für eine Stärkung der Volksrechte ein und betonte, nicht sozialistisch zu denken, sondern christlich-sozial zu sein.



Rupert Quaderer
Historiker

Die liechtensteinischen Parteien sind, verglichen mit denjenigen der umliegenden Staaten, Spätgründungen. Die Gründe für diese Entwicklung sind in der Person des damals regierenden Fürsten Johann II. sowie in der bäuerlich-konservativen Haltung der Bevölkerung Liechtensteins zu finden. Dazu kommt, dass die Verfassung von 1862 doch einen Schritt in Richtung mehr Mitbestimmung getan hatte – allerdings nur für den männlichen Bevölkerungsanteil.

Energischer Ruf nach Reformen

Der Abschluss des Zoll- und Steuervereinsvertrags mit Österreich im Jahr 1852 und die darauf erfolgten Ansätze einer Industrialisierung hatten zudem einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Dies bewirkte einen politisch eher stagnierenden Zustand im Liechtenstein des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Der epochale Bruch, den der Erste Weltkrieg in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auslöste, bewirkte auch in Liechtenstein den energischen Ruf nach wirtschaftlichen und politischen Reformen.

Erste Ansätze bis 1914

Wilhelm Beck – geboren 1885 – frisch promovierter Jurist der Universität Zürich, betätigte sich seit 1912 in Liechtenstein als «homo politicus». Er opponierte gegen etablierte Machtgebilde und setzte sich für soziale Belange ein. In kurzer Zeit wurde er der Kristallisationspunkt oppositioneller Kräfte, die sich ausserhalb des Landtages sammelten. Diese konspirative Züge aufweisende Gruppierung, die ihre ersten Wurzeln in Balzers schlug, vertrat die Ansicht, dass die Zusammensetzung des Landtages verändert werden müsse, da dieser nicht mehr mit wirklichen Volksvertretern besetzt sei. Beck und seine Gefährten nahmen die unterschwellig vorhandene Unzufriedenheit mit dem politischen System wahr und nutzten sie auch für ihre politischen Ziele. Stein des Anstosses war z. B., dass der Landesverweser ein Ausländer war oder dass die fürstliche Hofkanzlei in Wien Einfluss auf die Entscheidungen im Lande nahm.

Gedruckte Stimmzettel

Diese Haltung setzte sich bei den Landtagswahlen 1914 fort. Dies geschah etwa dadurch, dass bei diesen Wahlen in Triesenberg gedruckte Stimmzettel ausgegeben wurden. Dies war für liechtensteinische Verhältnisse ein aussergewöhnliches Ereignis. Wie die Regierung «dem Vernehmen nach» mitteilte, war der frischgebackene Jurist Dr. Wilhelm Beck an diesem Vorgang wesentlich beteiligt.

Den Bemühungen dieser Gruppe um Wilhelm Beck war Erfolg beschieden. Sie brachte vier Abgeordnete in den 15-köpfigen Landtag. Dieser Minderheitsgruppe

gehörten neben Wilhelm Beck – er war mit 29 Jahren das jüngste Landtagsmitglied – noch zwei Balzner und ein Triesner Bürger an.

Die Landtagsperiode 1914–1918

Die Gruppe um Wilhelm Beck zeigte in den Sitzungen der Landtagsperiode 1914–1918 ein forschendes und selbstbewusstes Auftreten. Die anstehenden Themen boten vielfältige Gelegenheiten zu verbalem Schlagabtausch zwischen Landesverweser Leopold von Imhof und Landtagspräsident Dr. Albert Schädler einerseits und Wilhelm Beck als Vertreter der Vierergruppe andererseits. Beck übernahm dabei die Rolle des «Fraktionssprechers» dieser Gruppe. Es ging um Fragen zur Gesetzgebung, zu Notstandsmaßnahmen während des Krieges und zu Budgetangelegenheiten. Ein heftiger Streitpunkt konzentrierte sich auch auf Kompetenzfragen zwischen Regierungskommissar Imhof und Landtagsmitglied Wilhelm Beck. Dieses Verhalten brachte frischen Wind in den Landtagsalltag. Es kam zu Redegefechten, Geplänkel und taktischen Vorstössen.

«Oberrheinische Nachrichten»

Als wichtiges und wirksames ausserparlamentarisches Druckmittel setzte die Beck'sche Gruppe die im April 1914 von ihr gegründete Wochenzeitung «Oberrheinische Nachrichten» ein. «Redakteur ad interim» dieser Zeitung war Wilhelm Beck.

Während der gesamten Landtagsperiode 1914–1918 betrieb die Beck'sche Gruppe eifrige Oppositionspolitik. Die Entwicklung der Verhältnisse während des Ersten Weltkrieges bot dazu genügend Anlass. Aus der Beck'schen Gruppe kamen kritische Äusserungen zu fast allen Traktandenpunkten. In der Regel gab Beck in längeren Ausführungen Stellungnahmen ab und seine drei Landtagskollegen unterstützten ihn dabei; in einzelnen Fragen kam auch von weiteren Abgeordneten Unterstützung.



Dr. Wilhelm Beck (1885–1936): Gründer der Christlich-sozialen Volkspartei.

Foto: Landesarchiv

Auf dem Weg zur Parteigründung

Eine vorentscheidende Etappe auf dem Weg zur Parteientstehung war die Einführung des direkten Wahlrechtes 1917. Das neue Gesetz bestimmte, dass der Fürst weiterhin drei der 15 Landtagsmitglieder aus der wahlfähigen Bevölkerung ernannte. Die übrigen 12 Landtagsmitglieder wählte das wahlberechtigte männliche Volk

nun in direkter Wahl. Die bisherige Wahl durch Wahlmänner war damit abgeschafft.

Die bevorstehenden direkten Landtagswahlen von 1918 bewirkten eine eifrige Aktivität verschiedener Richtungen. Eine Streitfrage entwickelte sich auch darüber, ob Parteien in Liechtenstein überhaupt notwendig seien. Eine eher konservativ ausgerichtete Gruppe, die sich um das «Liechtensteiner Volksblatt» bildete, sah in den Parteien eine Einengung, da die Parteimitglieder an Leitsätze gebunden seien.

«Hebung des politischen Lebens»

Diese Seite warf Wilhelm Beck auch vor, dass er die Gruppe der vier als «Diktator» gelenkt habe. Die Parteigegner befürchteten, dass durch Parteigründungen eine Aufspaltung des Landtages erfolge. Dies sei ein Luxus, den sich Liechtenstein nach Auffassung der Parteigegner nicht leisten könne. Die Befürworter der politischen Parteien hingegen sahen in diesen eine «notwendige gesellschaftliche Entwicklung» und erwarteten von ihnen eine «Hebung des politischen Lebens und der Landesverhältnisse». Wilhelm Beck meinte 1917, Parteien hätten in Liechtenstein «seit jeher» existiert und sie seien eine «notwendige gesellschaftliche Entwicklung».

Die Parteigründung 1918

Im März 1918 standen Landtagswahlen an. Die Vorbereitung dieser Wahlen bewirkte eine eifrige Wahlpropaganda. Verschiedene Gruppierungen widmeten sich intensiv der Aufstellung von Wahllisten und der Vorstellung von Wahlthemen. Gegenseitige Vorwürfe bestätigten diese Aktivitäten: Es würden nächtliche Zusammenkünfte abgehalten und Geheimsitzungen durchgeführt, lauten etwa in den Zeitungen geäußerte Vorhaltungen. Die Beck'sche Gruppe habe sich im «Schäfle» in Triesen und in Vaduz heimlich getroffen, tönte es vom «Volks-

blatt» her. Die «Oberrheinischen Nachrichten» ihrerseits wetteten über Geheimsitzungen, die im Februar 1918 im «Löwen» in Vaduz abgehalten worden seien. Die «Oberrheinischen Nachrichten» nannten die Gegenseite «Herrenpartei» oder «Löwenpartei».

Lautstarker Wahlkampf

Der Beck'schen Gruppe warfen ihre Gegner vor, sozialistisches Gedankengut zu vertreten. Dagegen verteidigte sich die angegriffene Gruppe vehement und betonte, «christlich-sozial» zu sein und für die Interessen des «kleinen Mannes» einzutreten. In Stellungnahmen, Wahlvorschlägen und Kommentaren manifestierte sich lautstark der Wahlkampf. In Oberländer Gemeinden wurden Wahlversammlungen veranstaltet und Flugblätter verteilt.

Parteigründung im März 1918

Ein präzises Gründungsdatum der Christlich-sozialen Volkspartei ist nicht festzustellen. Die Bezeichnung «christlich-sozial» verwendete die um Wilhelm Beck sich formierende Gruppe erstmals im Februar 1918 im Zusammenhang mit einem Wahlvorschlag eines «Wahl-Komitees». Im März 1918 veröffentlichten die «Oberrheinischen Nachrichten» einen Wahlvorschlag der «Volkspartei». So kann festgestellt werden, dass die «Christlich-soziale Volkspartei» nach einem längeren Entstehungsprozess kurz vor den Landtagswahlen vom 11. März 1918 die politische Bühne Liechtensteins betreten hatte.

«Die Partei der Roten»

Die Volkspartei galt 1918 als eine Partei, die verändern wollte. Sie war es vorwiegend, welche sich 1918 und in den folgenden Jahren für eine verstärkte Mitwirkung des Volkes in den politischen Entscheidungsgremien des Staates einsetzte. Sie stand auch liberalen, sozialen, z. T. sozialdemokratischen Ideen nahe, was ihr den Ruf einbrachte, eine linkslastige, antikirchliche und monarchiegefährdende «Partei der Roten» zu sein. Diese Vorwürfe aus dem Lager des politischen Gegners waren überspitzte Wahlkampfaussagen. Die Volkspartei bekräftigte immer wieder, weltanschaulich auf der Grundlage der katholischen Religion zu stehen und monarchietreu zu sein. Das erste offizielle Programm der Volkspartei wurde erst im Januar 1919 – also fast ein Jahr nach dem Gründungsvorgang – öffentlich vorgestellt.

Erneuerungsbewegung

Aus zeitlich distanzierter Sicht kann die Entwicklung der Jahre 1912 bis 1918 als wesentlicher Teil der Erneuerungs- und Demokratisierungsbewegung gesehen werden, die von dem sich 1848 anbahnenden Ansatz über die Verfassung von 1862 zum Ergebnis von 1921 führte. Die Volkspartei hat dabei massgeblich zur politischen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung Liechtensteins beigetragen. ■

Abonnementgebühren: Jahrsbeitrag Nr. 1.–, halbjährlich 2.–, vierteljährlich 1.10 Kleinrenten: Jahrsbeitrag Nr. 5.–, halbjährlich 2.50, vierteljährlich 1.20 Lieberge Köstler Nr. 1.50 jährlich, wobei Postgebühren.		Aufserlegengebühren: Die einpöhlige Stelle oder deren Raum 10 Mk. oder 10 Fr. Bei Wiederholungen und grossen Aufträgen Rabatte. Reklamen: von Juli 20 Mk. oder 20 Fr.	
000 001 Oberrheinische Nachrichten Anzeiger für Liechtenstein und Umgebung.			
Erscheint jeden Samstag mit Gratisbeilage: „Abendruhe“.			
Abonnements nehmen entgegen: Buchdruckerei A. G. in Mels, die Zeitungsanstalten und die Poststellen. Inserate nehmen die Zeitungsanstalten und die Buchdruckerei entgegen und müssen spätestens Freitag Vormittag bei der Buchdruckerei eingehen. — Einrückungen sind frühzeitig an die Redaktion zu senden. — Schriftlichen Anfragen und Bestellungen beizulegen. — Anonymes wird nicht beantwortet.			
Nr. 1 — Erster Jahrgang — Grüß dem Leser! Ja, einen recht heurücklichen, mit Wänterzeit durchwehen und Wintersturm verführerischen Gruß allen unsern Lesern und Abonnenten. Zum erst mal erhalte ich heute unser Blatt zur Hand. Wozu denn wieder so ein neues Blatt? Etwas gar ein Heftblättchen? Nein, lieber Leser! Wir wollen Sie ein geistige Nahrung bietendes Blatt vorlegen, ein neues Blatt zur Unterhaltung in den löblichen Abgängen, nach mehr aber zur Belehrung und Schulung. Zunächst wollen wir über alle bemerkenswerten Begebenheiten und Vorgänge in unsern Kreisläufen unterrichten. Mitarbeiter in allen Teilen des Landes sollen uns Nachrichten übermitteln. Diese Einrückungen laden wir nach Möglichkeit noch weiter auszubauen. Daneben ist selbstverständlich jeder Leser mit seinen Bemerkungen zu freundlicher Mitarbeit willkommen. Wir		Druck und Expedition: Sogantlerland, Buchdruckerei A. G. in Mels, Verlag: „Oberrheinische Nachrichten“ A.-G. in Mels. (Telefon 55). Mels-Vaduz, 25. April 1914.	

Als wichtiges und wirksames ausserparlamentarisches Druckmittel setzte die Beck'sche Gruppe die im April 1914 von ihr gegründete Wochenzeitung «Oberrheinische Nachrichten» ein. «Redakteur ad interim» dieser Zeitung war Wilhelm Beck.

«Die wichtigste Währung ist Vertrauen»

Wozu braucht es noch Parteien? Dieser Frage wird sich ORF-Politik-Expertin Kathrin Stainer-Hämmerle am VU-Neujahrstreffen widmen. Im Interview verrät sie, was der Nährboden für Populisten ist und warum Volksparteien für die Zukunft so wichtig sind.



Desirée Vogt
Parteisekretärin

Frau Dr. Stainer-Hämmerle, Sie sind ja nahe der Grenze zu Liechtenstein, in Vorarlberg, aufgewachsen. Wie gut kennen Sie die liechtensteinische Politik?

Kathrin Stainer-Hämmerle: Ich muss gestehen, dass ich bereits vor langer Zeit Vorarlberg verlassen habe und nun schon seit 13 Jahren in Kärnten arbeite und lebe. Aber im Rahmen meiner Dissertation über verschiedene Modelle der

wählbar. Traditionelle Parteien haben ihre Unterschiede allerdings auch selbst aufgegeben, da der Kampf um die politische Mitte vorrangig war. In vielen Gesellschaften hat sich diese politische Mitte allerdings bereits aufgelöst und an die Stelle der historischen Konflikte sind ganz andere Stimmungen und Loyalitäten getreten. Doch die traditionellen Volksparteien sind behäbige Apparate und brauchen, ähnlich wie Tanker, sehr lange für Richtungsänderungen.

In ganz Europa sind populistische Parteien auf dem Vormarsch. Was sind die Gründe für deren Erfolge?

Viele Menschen fühlen sich von den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen überfordert. Digitalisierung, Globalisierung und Individualisierung führen einerseits zu einer komplexen Situation und andererseits zu Ohnmachtsgefühlen. Einfache Antworten werden daher gerne gehört – vor allem, wenn zugleich ein geeignetes Feindbild wie Migranten oder Eliten aller Art die Gruppe eint. Die Spaltung der Gesellschaft ist daher der notwendige Nährboden für einen Erfolg der Populisten.

Was machen Volksparteien falsch bzw. was müssen sie unternehmen, dass sie gegen populistische Parteien ankommen und wieder an Wählern und Vertrauen gewinnen?

Die wichtigste Währung in der Politik ist Vertrauen. Es muss gelingen, den Menschen wieder das Gefühl zu vermitteln, dass die Politik ihre Probleme lösen kann oder es zumindest versucht. Das Hauptproblem dabei sind allerdings gar nicht die Parteien selbst, sondern vielmehr der eingeschränkte Handlungsspielraum von nationaler Politik. Politik kann gegen eine globalisierte und digitalisierte Wirtschaft sowie gegen Herausforderer wie China nur bestehen, wenn die Zusammenarbeit in Europa gelingt. Die Wahl und damit die Legitimation unserer Politiker erfolgt aber immer noch in den jeweiligen Nationalstaaten. Erfolg haben dort oft diejenigen, die eine Abschottung propagieren und die «gute alte Zeit» beschwören, weil das eben Vertrauen schafft.

Die Zahl der parteigebundenen Wähler nimmt immer weiter ab, es gibt immer weniger Traditionswähler. Haben Volksparteien überhaupt noch eine Zukunft?

Ich hoffe doch. Parteien stehen für Kontinuität, für Verlässlichkeit, für das Funktionieren des parlamentarischen Prozesses. Die Gefahr bei einem Kommen und Gehen von neuen Bewegungen, deren Positionen von ihrem Führungspersonal oder gar von einzelnen Abgeordneten selbst bestimmt werden, gefährdet die Parlamente. Darüber hinaus führt dies zu Frustration bei den Wählern, weil sie sich von neuen Bewegungen oft zu viel versprechen. Bei der letzten Wahl in Österreich haben wir dies mit der «Liste Pilz» erlebt. Der langjährige Parlamentarier Peter



Die 48-jährige Kathrin Stainer-Hämmerle ist besonders bekannt als vom ORF regelmäßig zu aktuellen innenpolitischen Themen befragte Fernseh-Expertin.

Foto: FH Kärnten

«Oft scheint es für einen Wahlerfolg schon zu genügen, neu und anders zu sein»

Briefwahl habe ich mich intensiv mit dem liechtensteinischen Modell und seiner Entstehungsgeschichte auseinandergesetzt.

Im Jahr 2013 hat erstmals eine vierte Wählergruppierung den Einzug in den Landtag geschafft: Mit einem Sprung von 0 auf 15,3 Prozent durchschüttelte die Liste der «Unabhängigen» das Grossparteien-Gefüge. Wie ist es zu erklären, dass eine völlig neue und in Bezug auf ihr Verhalten unbekannte Partei auf Anhieb einen solchen Erfolg verbuchen kann?

Diese Entwicklung sehen wir in vielen Ländern. Wählerbindungen haben stark nachgelassen, weil sich die beruflichen und sozialen Milieus, die Parteien traditionellerweise angesprochen haben, als Folge der Bildungsexpansion und der sozialen Mobilität auflösten. Dadurch steigt die Bereitschaft, neue Parteien zu wählen, von Jahr zu Jahr. Oft scheint es heute für einen Wahlerfolg schon zu genügen, neu und anders zu sein, vor allem weit weg von der Parteipoli-

«Die Spaltung der Gesellschaft ist der Nährboden für einen Erfolg der Populisten»

tik. Zusätzlich haben die Medien das Prinzip der Personalisierung in der Politik verstärkt. Das bedeutet, dass die Spitzenkandidaten im Vordergrund als Vermittler der politischen Ideen stehen und nicht mehr so sehr das ideologische Programm. Im Gegenteil: Je weniger Positionen festgelegt sind, desto eher ist eine neue Partei für viele

anderen Wählern. Sie sind vielleicht nur etwas kritischer, weil sie noch höhere Ansprüche an die Politik haben.

Welchen Einfluss haben dabei soziale Medien wie Facebook, Twitter und Co.?

Diese neuen Kanäle sind unerlässlich, will man junge Menschen überhaupt noch mit Botschaften

«Es muss auch den Männern ein Anliegen sein, Frauen zu ermutigen, zu unterstützen und sie zu wählen»

erreichen. Diese zahlreiche ungefilterte Information ist für Diktaturen eine Bedrohung, doch auch für unsere Demokratien nicht ungefährlich. Schliesslich birgt diese einseitige Kommunikation innerhalb eines Meinungsspektrums die Gefahr der Radikalisierung und Polarisierung. Mit Halbwahrheiten und Falschmeldungen werden oft Emotionen erzeugt, die dann politisch missbraucht werden. Andererseits war der einzelne Bürger noch nie so mächtig und konnte so direkt auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss nehmen.

In Liechtenstein ist nach dem schlechten Abschneiden der Frauen bei den letzten Landtagswahlen 2017 auch die Quotendiskussion erneut entfacht worden – nur 3 von 25 Abgeordneten, also 12 Prozent, sind Frauen. Sie sprechen sich gegen eine gesetzliche Quote aus. Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, um Frauen nicht nur für die politische Arbeit zu gewinnen, sondern damit sie auch gewählt werden?

Gesetzliche Quotenregelungen sind ein sehr wirksames Instrument und sollten, wenn nichts anderes zum Erfolg führt, umgesetzt werden. Bei einer Wahl würde dies allerdings einen gravierenden Eingriff in das freie Wahlrecht bedeuten. Daher wäre es in meinen Augen besser, einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Sind alle Gruppen einer Gesellschaft in einem Parlament und im öffentlichen Leben angemessen vertreten, so entspricht das nicht nur dem Idealbild einer repräsentativen Demokratie, es führt auch zu besseren Ergebnissen in der Politik. Je mehr Sichtweisen und Wissen in einen Entscheidungsprozess eingebracht werden, desto mehr Menschen fühlen sich den Ergebnissen verpflichtet. Ohne diese Akzeptanz kann ein politisches System ohnehin nicht überleben. Es muss daher auch den Männern ein Anliegen sein, Frauen in der Politik zu ermutigen, sie zu unterstützen und sie auch zu wählen. ■

Pilz spaltete sich von den Grünen ab und war ohne viel Programm erfolgreich. Nach seinem Rücktritt aufgrund von Vorwürfen der sexuellen Belästigung sitzen nun acht Mandatäre im Nationalrat, von denen niemand weiss, wie sie sich

«Die Risikobereitschaft der Wähler wird auch wieder einmal ein Ende haben»

bei der nächsten Abstimmung erhalten werden. Die Grünen hingegen verpassten aufgrund der Parteispaltung den Einzug ins Parlament. Doch diese Risikobereitschaft der Wähler wird auch wieder einmal ein Ende haben. Wichtig dafür ist allerdings der Erhalt einer gemeinsamen Basis in unserer Gesellschaft. Demokratie ist ohne dieses Fundament mit gemeinsamen Räumen der Kommunikation und Verständigung nicht möglich. Eine Aufgabe der Volksparteien wäre es also, dafür zu sorgen.

Will man sich heute profilieren, muss man klare Positionen vertreten. Wie kann dies einer Mitte-

Partei gelingen, die ja möglichst viele Wähler vertreten und abhohlen will?

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist vielleicht ein gutes Beispiel. Sie wurde trotz oder wegen ihrer deutlichen Haltung wiedergewählt, auch wenn sie es nun schwer hat, eine Koalition zu bilden. Wichtig sind Authentizität, ein langer Atem in der Politik und die Bereitschaft, breit akzeptierte Kompromisse zu verhandeln und zu kommunizieren. Bürger sollten eigentlich eine gesunde Skepsis gegenüber Parteien haben, die die «einzig richtigen Lösungen» propagieren. Für diese Populismusresistenz braucht es allerdings Bildungsmaßnahmen und eine reflektierende Medienlandschaft. Für diese Rahmenbedingungen ist wiederum die Politik zuständig.

Eine Frage, die sich allen Parteien stellt: Wie können vermehrt junge Wähler angesprochen und gewonnen werden?

Die Frage ist: Lohnt sich das überhaupt für Parteien? Immerhin ist der Anteil junger Menschen in unserer Gesellschaft nicht wahlentscheidend. Aber sie stehen selbstverständlich für Zukunft und Modernität und dieses Image streben alle Parteien an. Junge Menschen wollen ernst genommen werden, sie wollen Antworten auf ihre Fragen, einen Arbeitsplatz und Sicherheit. Ich glaube daher, sie unterscheiden sich nicht von



Dominique Gantenbein
Regierungsrätin

«Selbstkritisch bleiben»

Die VU feiert Jubiläum und darf auf 100 Jahre zurückblicken – das ist beeindruckend, und ich gratuliere von Herzen. Durch meinen beruflichen Werdegang durfte ich Menschen kennenlernen, die in der Zeit um 1918 zur Welt gekommen sind. Sie haben die Geschichte der vergangenen 100 Jahre geprägt und den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit erlebt. Ihre Erzählungen und Erfahrungen haben meine Wahrnehmung, woher wir kommen, wertvoll erweitert. Der rasante Aufstieg der vergangenen Jahrzehnte vom armen Agrarland zu einem modernen Staat mit einer starken Wirtschaft ist enorm. Wir tun gut daran, uns diesen Wandel immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, um in Dankbarkeit und Demut mutig in die Zukunft gehen zu können. Politik als staatstragende Säule wird von Menschen gestaltet, die kritisch denken, aber konstruktiv handeln, und die Veränderungen fördern, diesen Prozess aber fördernd begleiten. Als Pionier hat Wilhelm Beck mit seinen menschlichen Werten und landesverbundenen Normen der VU die Identität gegeben und damit die Basis für ihr Wirken während des letzten Jahrhunderts geschaffen.

Wenn Politik selbstkritisch bleibt, muss sie sich nicht die existenzielle Frage stellen, ob sie in Zukunft auch noch gebraucht wird. Vielmehr sollten sich Politiker damit beschäftigen, wie und wozu sie gebraucht werden. Denn ich bin der tiefen Überzeugung, dass es wieder vermehrt Menschen mit Idealismus braucht, die das verantwortungsvolle Tun und nicht das politische Sein in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne wünsche ich uns Enthusiasmus, Herz und Sorgfalt im Wirken für unsere Heimat von gestern, heute und morgen!



Peter Sprenger
Alt-Landtagsabgeordneter VU

«Ein richtiges Zeichen»

Die VU feiert den 100. Geburtstag. Um genau zu sein, wurde die Christlich-soziale Volkspartei, eine Vorgängerin der VU, vor rund hundert Jahren gegründet. Treibende Kraft und Spiritus rector dafür war Wilhelm Beck. Ich bin stolz, dass die Volkspartei Teil der VU geworden ist. Die VU ist bis heute die liberalere, demokratischere und sozialere der beiden grösseren traditionellen Parteien in Liechtenstein. Leider werden die Ideale und Wertvorstellungen Wilhelm Becks und seiner Weggefährten seit geraumer Zeit nur noch von Teilen der VU hochgehalten und vertreten. Der Anlass dieser Zeilen verbietet es, diesbezüglich ins Detail zu gehen. Nur so viel: Ich las auf der Webseite der VU, dass sie zum 75. Jubiläum der Verfassung «aus Hochachtung vor der Leistung von Dr. Wilhelm Beck und weiteren Persönlichkeiten, welche die Verfassung geschaffen haben», das Buch «Schlossabmachungen» herausgegeben habe. Ein Lippenbekenntnis, dem danach wenig Taten folgten. Nun soll dem Vernehmen nach die Parteizentrale der VU an der Fürst-Franz-Josef-Strasse 13 in Vaduz in «Wilhelm-Beck-Haus» umbenannt werden. Das ist ein richtiges Zeichen und eine späte Ehre für einen, der seiner Heimat viel gegeben hat. Es wäre schön, wenn diese Äusserlichkeit auch der Beginn einer näher beim Gedankengut der damaligen Volkspartei politisierenden VU wäre.

Dieser Wunsch könnte durch ein weiteres Zeichen unterstrichen werden: Die VU sollte ihren Namen auf Volkspartei ändern! Mit diesem Ceterum censeo wünsche ich unserer Partei, die – wie man hier lesen kann – auch Kritik zulässt, für die Zukunft alles Gute und wieder mehr Erfolg.



Manfred Kaufmann
VU-Landtagsabgeordneter

Dr. Wilhelm Beck, der Gründer der Christlich-sozialen Volkspartei, welche die Wurzel der VU bildet, war der Bruder meiner Urahna Karolina Gassner-Beck. Da meine Ahna Karolina Fehr-Gassner als Sekretärin bei ihrem «Vetter Wilhelm» arbeitete und tatkräftig mit viel Schreibearbeit bei der Gründung der VU mitwirkte, kam ich schon im Kindesalter mit Wilhelm Beck und der VU in Berührung. Meine Ahna schwärmte damals oft und gerne über jene Zeit und es erfüllte sie mit Stolz, wie sie «Vetter Wilhelm» stets für ihr schnelles Stenografieren lobte. So bewahrte sie auch so manches nach dem Tod von Dr. Wilhelm Beck auf –

«Geh mit der Zeit – oder du gehst mit der Zeit»

wie Zeitungsartikel, die Grabrede, Fotos und auch seine Brille. «Geh mit der Zeit oder Du gehst mit der Zeit». Dieses Sprichwort gilt auch für Volksparteien. Man muss die Zeichen der Zeit und der Bürgerinnen und Bürger erkennen. Als Mittepartei ist es wichtig, sich ein Profil zu verschaffen, damit die Wähler auch wissen, was sie bekommen, wenn sie VU wählen. Entscheidend ist für mich, dass die VU ihre Wurzeln behält, denn auf diesem Fundament ist sie gebaut worden: liberal, sozial und menschlich. Zum Jubiläum möchte ich der VU von ganzem Herzen gratulieren und allen derzeitigen und ehemaligen Mandataren auf Landes- und Gemeindeebene sowie Präsidiumsmitgliedern danken. Sie alle haben, gemeinsam mit den Wählerinnen und Wählern, die VU durch die vielen Jahre auf guten und starken Händen getragen.



Gunilla Marxer-Kranz
Landtagsvizepräsidentin VU

«Elementare Ausrichtung der VU»

Die Zukunft hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit. So hat auch die VU ihre Wurzeln in der vor 100 Jahren gegründeten Christlich-sozialen Volkspartei. Dies in einer von der Kontroverse geprägten Zeit, ob Parteien überhaupt für das politische Geschehen von Nutzen sein können. Gegner von Parteien versteiften sich in Behauptungen wie z. B., dass Parteien den inneren Frieden gefährden und bestimmten Interessengruppen eine unangemessene Macht erlauben würden sowie ausländisches Machwerk seien. Heute geht es der Mehrheit der Bevölkerung vergleichsweise besser. Die Parteiarbeit ist deshalb wohl weniger gesucht, und dennoch braucht es diese, um Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerung aufzugreifen und ihnen zur Umsetzung zu verhelfen. Daher müssen Parteien auch für Junge attraktiver gemacht werden, um so ein breites Mitgliederfundament zu erhalten. Die Parteiarbeit muss den Auftrag der Wähler widerspiegeln und klare Zielvorgaben sollen gemeinsam verfolgt werden.

Heute noch sind Ziele der Christlich-sozialen Volkspartei im Wesentlichen die elementare Ausrichtung der VU. Sie steht ein für eine Staats- und Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit gründet und eine Gesellschafts- und Sozialpolitik, die auf Solidarität beruht. Werte, welche auch heute wieder mehr denn je unerlässliche Bestandteile für eine erfolgreiche Zukunft Liechtensteins darstellen und den kommenden Generationen Rahmenbedingungen für eine breite Entwicklungsmöglichkeit bieten.

Ich gratuliere der Vaterländischen Union herzlich zum 100-jährigen Jubiläum.

Kolumne

Der Wertewandel – Herausforderung und Chance

Zunächst ist es mir eine grosse Freude und Ehre zugleich, unserer geschichtsträchtigen politischen Bewegung, ihrer Mutterpartei, Christlich-soziale Volkspartei, und ihrer politischen Erbin und Nachfolgerin, Vaterländische Union, welche im Jahr 1918 ihren Anfang und in ihrem Gründervater Dr. Wilhelm Beck ihren Ursprung hatte, zum 100-jährigen Bestehen herzlich zu gratulieren und ihr im Interesse von Volk und Land auch in der Zukunft jenen ideenreichen politischen Gestaltungswillen zu wünschen, durch welchen sie die Entwicklung und schliesslich den Aufstieg unseres Landes zu einem erfolgreichen europäischen Kleinstaat seit Anbeginn mitgestalten und entscheidend prägen durfte. In der Zeitemspanne dieses traditionsreichen Jubiläums sehen sich Volksparteien durch den stetigen Wertewandel vor grossen Herausforderungen. Die Egoismen der individualisierten Erlebnisgesellschaft stehen vielfach konträr zur staatstragenden politischen Agenda von Volksparteien. Im Gegensatz zu anderen politischen Gruppierungen, die interessenspezifische Lücken besetzen, müssen Volksparteien eine immense Integrationsleistung erbringen, eine hohe Substanz in der politischen Arbeit und gleichfalls den heute geforderten Unterhaltungswert in der Politik gewährleisten. Dies zusammen kann gelingen, wenn Volksparteien auch in Zukunft Orientierung und Sicherheit geben. Wenn sie Identität vermitteln, stetig für Erneuerung sorgen und die Differenz zu wertekonservativ eingestellten Gesellschaftsschichten im Auge behalten. Mehr denn je ist heute ein geistig moralischer Aufbruch der Gesellschaft gefordert. Volksparteien können im Zusammenwirken mit anderen Institutionen einen wertvollen Beitrag dazu leisten. Eine Renaissance von traditionellen Werten ist durchaus festzustellen, und verloren geglaubte Tugenden gewinnen wieder an Bedeutung. In diesem Kontext bildet der Unionscharakter der VU einen grossen Wert für die Zukunft!

Oswald Kranz
Ehrenpräsident der VU

VU.

Vaterländische Union

32. NEUJAHRSTREFFEN 2018

VU gestern, heute und morgen

Samstag, 6. Januar 2018, Vaduzer Saal
16:30 Uhr: Apéro und Saalöffnung
17:00 Uhr: Beginn der Veranstaltung

www.vu-online.li

Jubiläumsfeier:
Vor 100 Jahren
gründete Wilhelm Beck
die Christlich-soziale
Volkspartei



PROGRAMM



Begrüssung
Günther Fritz, Parteipräsident



Gestern
Referat von Dr. Rupert Quaderer, Historiker: «Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt» – Die Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei im Lichte des damaligen Umfelds (1918–1922)



Heute und morgen
Referat von MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle, FH-Professorin für Politikwissenschaft, FH Kärnten: «Wozu braucht es noch Parteien?»



Morgen
Schlusswort von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch: «Die Zukunft der VU»



Musikalische Umrahmung
Suzie Candell und Beth Wimmer

Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeiten